Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1886

25. 02. 88

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung über die Ergebnisse des Europäischen Rates und der Gespräche in Washington

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel am 11./12. Februar 1988 weisen aus, wie dominant inzwischen die Agrarausgaben im EG-Haushalt geworden sind. Mit Enttäuschung und großer Sorge haben die von der Montankrise betroffenen Arbeitnehmer und Bürger der Montanregionen zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Europäische Rat nicht bereit war, die aus der sich dramatisch zuspitzenden Krisensituation erforderlichen Konsequenzen auf europäischer Ebene zu ziehen. Deshalb war die am 24. Februar 1988 durchgeführte Montankonferenz beim Bundeskanzler ein richtiger Schritt, auf nationaler Ebene Lösungen voranzutreiben. Ihre Ergebnisse zeigen, daß alle Beteiligten bereit sind, für eine gute Zukunft der Montanregionen einzutreten.

Viele haben zum Gelingen dieser ersten Montankonferenz beim Bundeskanzler beigetragen. Dazu gehören auch die Stahlarbeiter und Bürger aus Rheinhausen, die in Solidarität mit allen Arbeitnehmern dieser Region für ihr Werk und um neue Chancen für sich und die nachwachsenden Generationen kämpfen.

Die Montanregionen an Rhein, Ruhr und im Siegerland verfügen über eine gute industrielle Basis und eine hochentwikkelte Infrastruktur. Sie bieten damit alle Voraussetzungen dafür, die bereits eingeleitete Entwicklung zu Regionen mit modernen Industrie- und Dienstleistungszentren erfolgreich fortzuführen.

Jetzt kommt es darauf an, die Ergebnisse der Montankonferenz so unbürokratisch, so schnell und so wirkungsvoll wie möglich umzusetzen.

Die Ergebnisse vom 24. Februar 1988 können aber nur ein erster Schritt gewesen sein. Sie müssen ergänzt werden um weitere Initiativen und Beiträge der Bundesregierung

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, insbesondere

1. massiv für die Aufrechterhaltung des bisherigen EG-Produktionsquotensystems für mindestens drei weitere Jahre einzutreten und durch die Einberufung eines nationalen Stahlausschusses zur Sicherung der nationalen Stahlbasis beizutragen,
2. am Jahrhundertvertrag festzuhalten, den Verstromungsanteil der Kohle zu sichern und mit dem Verstromungsgesetz (Kohlepfennig) für die nötige finanzielle Flankierung zu sorgen,
3. mit Finanzhilfen nach Artikel 104a Abs. 4 GG die „Zukunftsinitiative Montanregionen" des Landes Nordrhein-Westfalen zu unterstützen und so Maßnahmen für Innovation und Technologie, Infrastruktur und Revitalisierung von Industriebrachen und die zukunftsorientierte Qualifikation von Arbeitnehmern zu fördern,
4. sich bei den Unterzeichnern für die Einhaltung der „Frankfurter Vereinbarung" einzusetzen und damit auch die Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften durch die Unternehmen zu befürworten,
5. auch alle weiteren Möglichkeiten sinnvoller Beschäftigungsbrücken für die Zeit der Strukturkrise zu unterstützen,
6. die Investitionskraft der Kommunen durch Entlastung von den Sozialhilfekosten wesentlich zu stärken und so die Voraussetzungen zu schaffen für kommunale Entwicklungsmaßnahmen,
7. den Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den Kosten der Kokskohlenbeihile deutlich zu senken.

Der Deutsche Bundestag geht im übrigen davon aus, daß in Kürze auch für die Montanregionen außerhalb Nordrhein-Westfalens vergleichbare Zusagen gemacht werden.

Bonn, den 25. Februar 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333